

Ziele vorgeben oder Freiräume schaffen – was ist die „richtige“ Wirtschaftspolitik?

Nach einer Idee von Dr. Marei Waidmann, Wiesbaden

II/B2



© Esebene/Thinkstock



© Snowwhiteimages/Thinkstock

Das Schachspiel als Analogie von Ordnungs- und Prozesspolitik: die eine gibt lediglich Spielregeln vor, während bei der anderen Spielzüge ausgeführt werden.

Voransicht

Themen:	Wirtschaftspolitik; Marktwirtschaft und Planwirtschaft; Ordnungs- und Prozesspolitik; Konjunkturzyklus; Magisches Vier- und Sechseck; Wirtschaftswachstum
Ziele:	Die Schülerinnen und Schüler verstehen Wirtschaftspolitik modellhaft als Spiel mit rahmengebenden Regeln und aktiven Spielzügen. In diesem Zusammenhang lernen sie die Fachbegriffe Ordnungs- und Prozesspolitik kennen und anzuwenden. Sie betrachten dabei exemplarisch die Geld- und Wettbewerbspolitik. Anhand des Modells vom Magischen Vier- bzw. Sechseck analysieren sie schließlich wirtschaftspolitische Entscheidungen und Zielkonflikte.
Klassenstufe:	ab Klasse 11
Zeitbedarf:	etwa 8 Unterrichtsstunden + Lernkontrolle

Materialübersicht

MODUL 1: Wirtschaftspolitik als Spiel – Regeln vorgeben oder Spielzüge ausführen?

Stunden 1/2: Welche unterschiedlichen Ansätze gibt es in der Wirtschaftspolitik?

- M 1 (Ab) „Wir brauchen eine gute Wirtschaftspolitik!“ – Verstehen darunter alle das Gleiche?
 M 2 (Ab) Wirtschaftspolitik als Spiel – Regeln machen oder Spielzüge gestalten?
 M 3 (Ab) Von freiem Wettbewerb und Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
 M 4 (Ab/Tx) Freiräume geben oder zentral planen – welche Wirtschaftsordnung ist die bessere?

Stunden 3/4: Welche Beispiele gibt es für die Ordnungs- und Prozesspolitik?

- M 5 (Ab) Die Wettbewerbspolitik – das Herzstück der Ordnungspolitik
 M 6 (Ab) Fallbeispiel Wettbewerbspolitik – die Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch EDEKA
 M 7 (Tx) Niedrigzinsen ohne Ende? – Die Prozesspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)

MODUL 2: Wirtschaftspolitische Entscheidungen – wer macht was warum?

Stunden 5/6: Welche konkreten Wirtschaftsziele verfolgt die Bundesregierung?

- M 8 (Ab) Wohin des Wegs? - Die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik
 M 9 (Gd/Tx) Aus Viereck wird Sechseck – ein Interview

Stunde 7: Wer beeinflusst die deutsche Wirtschaftspolitik?

- M 10 (Ab) Wer zieht die Strippen? – Die Akteure der Wirtschaftspolitik

Stunde 8: Welche Bedeutung hat die Konjunktur für die Wirtschaftspolitik?

- M 11 (Gd/Ab) Zwischen Boom und Depression – der Konjunkturzyklus
 M 12 (Ab) Welche Wirtschaftspolitik hat Konjunktur? – Nachfrage- versus Angebotspolitik

Stunde 9: Lernkontrolle

- M 13 (Lk/Ka) Im Haifischbecken – Lernkontrolle

Glossar

- M 14 (Gl) Glossar

Erläuterung der Abkürzungen und Symbole:

Ab: Arbeitsblatt – **Gd:** Grafische Darstellung – **Gl:** Glossar – **Ka:** Karikatur – **Lk:** Lernkontrolle/Klausur – **Tx:** Text



Internetzugang erforderlich



Partnerarbeit



Gruppenarbeit

M 1

„Wir brauchen eine gute Wirtschaftspolitik!“ – Verstehen darunter alle das Gleiche?

Nahezu alle Politikerinnen und Politiker treten für eine „gute“ oder „bessere“ Wirtschaftspolitik ein. Doch was die verschiedenen Parteien darunter verstehen, ist sehr unterschiedlich.

„Wirtschaft ist kein Nullsummenspiel, wo man die einen nur stärken kann, indem man den anderen etwas wegnimmt. Wir wollen den Menschen erleichtern, sich selbst etwas aufzubauen. Wir brauchen eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik [...]“

Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender,
05.01.2017

„Wir brauchen eine wirtschaftspolitische Kehrtwende. SPD und Grüne haben den Unternehmen lange genug Steine in den Weg gelegt und sind mit restriktiven [d. h. einschränkenden] Regelungen an vielen Stellen weit über das Ziel hinausgeschossen.“

Hendrik Wüst, wirtschaftspolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion
in Nordrhein-Westfalen, 01.03.2017

„Was wir brauchen, ist eine radikal andere Wirtschaftspolitik, in der die Interessen der Beschäftigten und der Verbraucher Vorrang haben vor den Profitinteressen der Großkonzerne!“

Sahra Wagenknecht, damals Europaparlamentarierin, heute Fraktionsvorsitzende von
DIE LINKE, 14.02.2007

Wir brauchen doch eine Wirtschaftspolitik, bei der nicht Wachstum über alles steht, sondern Menschen und Umwelt ebenfalls wichtig sind. Dann haben wir es wirklich mit Nachhaltigkeit zu tun, und die Zukunftsfähigkeit von uns, zukünftigen Generationen und unserer Wirtschaft kann gesichert werden.“

Wolke Brems, Sprecherin für Energie- und
Klimapolitik von Bündnis 90/Die Grünen
in Nordrhein-Westfalen, 16.03.2017

„Wir brauchen eine langfristige, zukunfts-feste Wirtschaftspolitik, die sich vor allem einer gerechten Gesellschaft verpflichtet fühlt. Dafür setzen wir auf ein neues Wachstumsmodell, das auch mehr auf die Stärkung der Kaufkraft und der Binnennachfrage setzt.“

Garrelt Duin, damals wirtschaftspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion, hat sich inzwischen aus der
aktiven Politik zurückgezogen, 16.09.2010

Aufgaben

1. Lesen Sie die Zitate. Alle Aussagen sind von Politikern und alle befassen sich mit Wirtschaftspolitik. Nennen Sie eine weitere Gemeinsamkeit aller Zitate.
2. Ordnen Sie die Zitate den folgenden sechs Kategorien zu. Dabei kann ein Zitat auch in mehr als eine Kategorie passen.
 - a) Wirtschaftspolitik soll anders sein als bisher.
 - b) Wirtschaftspolitik soll Wachstum erzielen.
 - c) Wirtschaftspolitik soll Menschen, Arbeitnehmer und Verbraucher in den Mittelpunkt stellen.
 - d) Wirtschaftspolitik soll zu einer gerechten Gesellschaft beitragen.
 - e) Wirtschaftspolitik soll zukunftsfähig sein.
 - f) Wirtschaftspolitik soll Unternehmer fördern.
3. Ordnen Sie die Zitate danach, welchem Sie am meisten und welchem Sie am wenigsten zustimmen. Vergleichen Sie Ihre Rangliste mit der eines Mitschülers.



Aufgaben

- Lesen Sie die Tabelle über die Ordnungs- und Prozesspolitik. Entscheiden Sie, ob die folgenden Aussagen richtig oder falsch sind. Korrigieren Sie falsche Aussagen.
 - Ordnungspolitik gestaltet die gewünschte Wirtschaftsordnung;
 - der ordnungspolitische Rahmen ändert sich für gewöhnlich alle paar Monate;
 - Prozesspolitik steuert und beeinflusst den Wirtschaftsprozess und seine Ergebnisse;
 - im Sinne der Ordnungspolitik ermöglichen nur direkte staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen das Erreichen langfristiger Ziele;
 - zu den Maßnahmen der Prozesspolitik gehören unmittelbare finanzielle Anreize, um ein kurzfristiges Ziel zu erreichen.
- Beschreiben Sie die beiden Bilder. Erklären Sie, warum diese zur Illustration von Ordnungspolitik und Prozesspolitik gewählt wurden.
- Lesen Sie die folgenden Pressemeldungen und Gesetzestexte. Begründen Sie, ob die beschriebenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Ordnungs- oder zur Prozesspolitik gehören.

Brennpunkte (dpa): Neue Vorschriften für Fenster am Arbeitsplatz

Nach monatelangem Ringen hat die Bundesregierung neue Regeln für Fenster am Arbeitsplatz beschlossen. Sie sind Teil einer neu gefassten, umfassenden Arbeitsstättenverordnung, wie das Sozialministerium mitteilte. Arbeitsräume sollen ausreichend Tageslicht und Fenster haben, außer wenn es die baulichen Gegebenheiten nicht zulassen. 02.11.2016

SPIEGEL ONLINE**Ab 2018: Stuttgart verhängt Fahrverbot für ältere Diesel**

Baden-Württembergs grün-schwarze Landesregierung bekämpft das Feinstaubproblem in Stuttgart: Ab 2018 werden alle Dieselaautos, die nicht die Abgasnorm Euro 6 erfüllen, aus der Landes Hauptstadt ausgesperrt. 21.02.2017

NEUE OZ ZEITUNG**Antrag genehmigt: Verkaufsoffener Sonntag in Osnabrück**

Am 9. April findet in Osnabrück der erste verkaufsoffene Sonntag des Jahres statt. Ein entsprechender Antrag wurde am Freitag von der Stadtverwaltung genehmigt. [...] Alle Geschäfte in der Fußgängerzone sowie von der Johanniskirche bis zum Theater, Möserstraße und Öwer de Hase bis hin zur Kamp-Promenade haben von 13 bis 18 Uhr geöffnet. 24.03.2017

**Grundgesetz (GG), Artikel 9, Absatz 3: Tarifaautonomie**

Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 282, Absatz 3

Die Europäische Zentralbank (EZB) besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie allein ist befugt, die Ausgabe des Euro zu genehmigen. Sie ist in der Ausübung ihrer Befugnisse und der Verwaltung ihrer Mittel unabhängig. Die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten achten diese Unabhängigkeit.

- Erörtern Sie die Vor- und Nachteile eines ordnungs- und eines prozesspolitischen Ansatzes. Begründen Sie abschließend, welcher Ansatz in Ihren Augen überzeugender ist.

M 6

Fallbeispiel Wettbewerbspolitik – die Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch EDEKA

Durch Entscheidungen des Bundeskartellamts wird der ordnungspolitisch gewünschte, funktionierende Wettbewerb geschützt. Daher haben diese Entscheidungen bindende Wirkung. Allein der Bundeswirtschaftsminister kann durch eine sogenannte „Ministererlaubnis“ die Entscheidungen des Bundeskartellamts unter bestimmten Voraussetzungen aufheben.

II/B2

Das Bundeskartellamt hat den Erwerb von rund 450 Kaiser's-Tengelmann-Filialen durch EDEKA untersagt. Das Vorhaben hätte nach Auffassung des Amtes zu einer erheblichen Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen auf zahlreichen ohnehin stark konzentrierten regionalen Märkten und Stadtbezirken im Großraum Berlin, in München und Oberbayern sowie in Nordrhein-Westfalen geführt.

Mit der Übernahme von Kaiser's Tengelmann wären die Auswahl- und Ausweichmöglichkeiten der Verbraucher vor Ort stark eingeschränkt und aufgrund der Beseitigung einer bedeutenden Wettbewerbskraft für die verbliebenen Wettbewerber zukünftig entsprechende Preiserhöhungsspielräume eröffnet worden. Auch im Bereich der Beschaffung hätte das Vorhaben wettbewerbliche Probleme verursacht. Den Herstellern von Markenartikeln würde nach einer Fusion ein bedeutsamer unabhängiger Abnehmer nicht mehr zur Verfügung stehen. Die bei der Beschaffung, insbesondere von Markenartikeln ohnehin schon große Verhandlungsmacht der Spitzengruppe bestehend aus EDEKA, REWE und der Schwarz-Gruppe mit Kaufland und Lidl gegenüber ihren Wettbewerbern wäre weiter gestiegen. [...]

Pressemitteilung des Bundeskartellamts, 01.04.2015 © Bundeskartellamt

Der Erhalt der Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte der Beschäftigten von Kaiser's Tengelmann lässt sich aus meiner Sicht nur durch eine Gesamtübernahme durch EDEKA wirkungsvoll realisieren. Die Ministererlaubnis mit den umfangreichen Nebenbestimmungen sichert die Beschäftigung der Mitarbeiter von Kaiser's Tengelmann und die Qualität ihrer Arbeitsplätze ab. Dazu gehören Kündigungsschutz, Tarifbindung und Mitbestimmung. Bei der Abwägung der Gemeinwohlgründe „Arbeitsplatzerhalt“ und „Erhalt der Arbeitnehmerrechte“ mit der vom Bundeskartellamt festgestellten Wettbewerbsbeschränkung durch die Fusion war für mich klar: Die Gemeinwohlgründe überwiegen die Wettbewerbsbeschränkung. [...]



Ehemaliger Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, 17.03.2016, © Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, CC BY-ND 3.0 DE; Foto: Olaf Kosinsky/kosinsky.eu, 2017, CC BY-SA 3.0 DE

© iStockphoto/
Justhavealook



Ergebnis: Die Konkurrenten REWE, Norma und Marktant hatten gegen die Ministererlaubnis Beschwerde eingelegt, diese inzwischen jedoch wieder zurückgenommen. So kommt es jetzt – entgegen der Entscheidung des Bundeskartellamts – zu einer Übernahme der meisten betroffenen Kaiser's-Tengelmann-Filialen durch EDEKA.

Aufgaben

1. Lesen Sie den Fall: Nennen Sie die beteiligten Parteien und die Art der befürchteten Wettbewerbsbeschränkung nach dem GWB.
2. Erläutern Sie, welche Positionen sich in diesem Streitfall mit welchen Argumenten gegenüberstehen.
3. Bewerten Sie auf dieser Grundlage, ob die Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch EDEKA zu befürworten ist oder nicht.

M 7

Niedrigzinsen ohne Ende? – Die Prozesspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)

Die Geldpolitik kann ein prozesspolitisches Instrument sein, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft positiv beeinflusst oder stabilisiert wird. In der EU betreibt die Europäische Zentralbank (EZB) seit einigen Jahren eine lockere Geldpolitik, indem sie die verfügbare Geldmenge erhöht, um so zum Beispiel Investitionen anzuregen.

II/B2

EZB verleiht Geld weiterhin für null Prozent Zinsen

Trotz steigender Preise für die Verbraucher hält die Europäische Zentralbank (EZB) daran fest, den Märkten billiges Geld zur Verfügung zu stellen. Banken zahlen für Kredite, die sie bei der Zentralbank aufnehmen, weiterhin null Prozent Zinsen.

Bei seiner Sitzung am Donnerstag in Frankfurt hielt der Rat der Zentralbank den Leitzins wie erwartet auf diesem Rekordtief von null Prozent. Außerdem gilt weiterhin: Für Geld, das Banken bei der EZB anlegen – da sie sich hier die höchste Sicherheit erhoffen –, müssen sie 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen. Zugleich kauft die EZB weiterhin für rund 60 Milliarden Euro monatlich Anleihen und andere Wertpapiere von europäischen Staaten und Unternehmen, um ihnen einen finanziellen Spielraum zu geben.

Im Februar war die Inflation im Euroraum – die allgemeine Preissteigerung – erstmals seit vier Jahren wieder auf zwei Prozent gestiegen, getrieben vor allem von hohen Preisen für Gas und Öl. Die EZB strebt eine nachhaltige Inflationsrate von knapp unter 2,0 Prozent an – das Ziel wurde also erreicht. Wirtschaftsexperten gehen allerdings davon aus, dass die Inflation vorerst ihren Höhepunkt erreicht hat und der Ölpreis-Effekt im Laufe des Jahres wieder nachlassen wird.

Zum Hintergrund: Im Kampf gegen niedrige Inflation und Konjunkturschwäche hat die Zentralbank den Finanzmärkten und Regierungen viel Geld zur Verfügung gestellt. Erst im Dezember 2016 verlängerte sie ihr seit März 2015 laufendes Kaufprogramm für Staatsanleihen und Unternehmenspapiere um weitere neun Monate bis mindestens Ende 2017 – wenn auch ab April nur noch 60 Milliarden statt 80 Milliarden Euro monatlich fließen sollen.

Das viele billige Geld soll im Idealfall die Konjunktur ankurbeln und auch die Inflation erhöhen. Dauerhaft niedrige oder sogar sinkende Preise gelten als Konjunkturrisiko, denn Unternehmen und Verbraucher könnten Investitionen und Konsumententscheidungen aufschieben in der



EZB-Präsident Mario Draghi

Erwartung, dass es bald noch billiger wird. Das könnte die Wirtschaftsentwicklung abwürgen.

Politiker und Wirtschaftsexperten in Deutschland forderten nach dem jüngsten Anstieg der Inflation jedoch, die EZB müsse jetzt das Ende ihrer ultralockeren Geldpolitik einläuten. „Die EZB sollte ihre Geldflut eindämmen, sonst besteht die Gefahr, dass sie über ihr Ziel hinauschießt“, mahnte der Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) Clemens Fuest. Sparer leiden seit Jahren unter den extrem niedrigen Zinsen – wobei andererseits Kreditnehmer profitieren.

Aus Sicht der Verantwortlichen bei der EZB zeigt ihre Politik zwar Wirkung: Die Risiken einer Deflation – einer gefährlichen Abwärtsspirale aus sinkenden Preisen und stockender Konjunktur – seien weitgehend verschwunden, die Wirtschaft sei auf dem Weg der Erholung. „Aber wir können uns nicht entspannen“, hatte EZB-Präsident Mario Draghi nach der Ratssitzung im Januar betont.

Quelle: dpa, 09.03.2017

3. Erläutern Sie anhand eines selbst gewählten Beispiels, warum das Viereck der wirtschaftspolitischen Ziele als „magisch“ bezeichnet wird.
4. Setzen Sie sich mit der Kritik an den vier wirtschaftspolitischen Zielen auseinander:
 - a) Teilen Sie die vier kurzen Texte innerhalb Ihrer Gruppe untereinander auf.
 - b) Ergänzen Sie die Tabelle um eine weitere Zeile und erläutern Sie sich gegenseitig die vorgebrachten Kritikpunkte an den einzelnen Zielen.



Ziel „hoher Beschäftigungsgrad“

Das Ziel des hohen Beschäftigungsgrades wird mithilfe der Arbeitslosenquote gemessen. Sie setzt die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu den erwerbstätigen Personen in Beziehung. Diese Art der Berechnung ist nicht unumstritten. Kritisiert wird, dass in der Quote lediglich alle tatsächlich als arbeitslos gemeldeten Personen berücksichtigt werden. Arbeitssuchende, die eine Weiterbildung oder Umschulung absolvieren oder sich von einer privaten Arbeitsagentur vermitteln lassen, bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt – genauso wie Ein-Euro-Jobber oder „unvermittelbare“ Ältere.

Quelle: www.n-tv.de/politik/Arbeitslosenstatistik-ist-geschoent-article5101146.html



Ziel „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“

Um das Wirtschaftswachstum eines Landes zu bestimmen, wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Jahres mit dem BIP des Vorjahres verglichen. „Das BIP misst alles – außer dem, was das Leben lebenswert macht.“ Kritiker des BIP würden diesem Satz des ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy voll und ganz zustimmen. Sie bemängeln, dass der Indikator soziale Kosten und Umweltfolgen außer Acht lässt. Alternative Messmethoden wie der „Echte Fortschrittsindikator“ (GPI) berücksichtigen auch ehrenamtliche Tätigkeiten als Wertschöpfung, während Kosten, die zum Beispiel durch Verbrechen oder CO₂-Ausstoß entstehen, abgezogen werden. So werden anders als beim BIP die Ausgaben für die Behebung von Verbrechen- und Umweltschäden nicht als Wachstum einberechnet.



Ziel „stabiles Preisniveau“

In Deutschland wird die Preisentwicklung mit dem Verbraucherpreisindex gemessen. Er wird mithilfe eines alle fünf Jahre aktualisierten Warenkorbs ermittelt, der eine repräsentative Auswahl von rund 700 Gütern des privaten Verbrauchs beinhaltet. Dabei wird der aktuelle Preis für diesen Warenkorb mit dem Preis der Vorperiode verglichen.

„Preisänderungen von Gütern des täglichen Bedarfs beeinflussen das Teuerungsempfinden stärker als Waren, die seltener gekauft werden“, so der Volkswirt Andreas Rees. Kritiker schlagen daher vor, täglich konsumierte Waren wie Grundnahrungsmittel im Verbraucherpreisindex stärker zu gewichten als selten gekaufte Waren wie Autos oder Computer. Im aktuellen Warenkorb werden die Güter ausschließlich danach gewichtet, wie viel Geld die Verbraucher jährlich für eine bestimmte Güterart ausgeben: Teure Güter fallen damit stärker ins Gewicht als günstige. Die Konsumhäufigkeit spielt bisher keine Rolle.



Ziel „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“

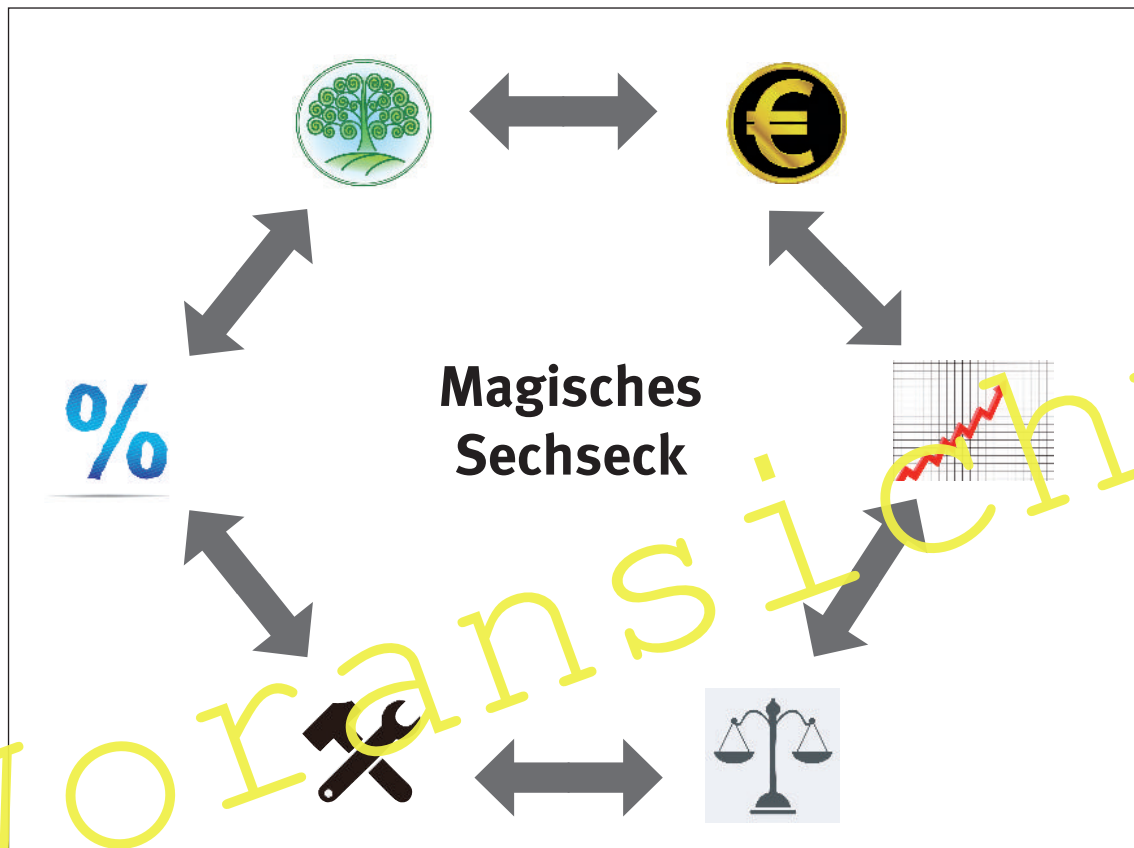
Ob ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht besteht, wird mit der Außenhandelsbilanz gemessen. Diese gibt die Differenz zwischen dem Wert der aus- und eingeführten Güter an. Übersteigen die Exporte die Importe, spricht man von einer positiven Bilanz, im umgekehrten Fall von einer negativen Bilanz. 2016 schloss die Außenhandelsbilanz mit einem Überschuss von mehr als 250 Milliarden Euro ab. Dies ist selbst für das traditionelle Exportland Deutschland ein Rekordwert.

International werden die deutschen Exportüberschüsse stark kritisiert. Deutschland wird eine „Beggar-thy-Neighbour-Politik“ vorgeworfen, mit der durch Exportüberschüsse höhere Beschäftigungszahlen, Unternehmensgewinne und Einkommen im Inland erzielt werden sollen. Im Gegenzug führen diese im Ausland zu hohen Importen und damit zu Beschäftigungseinbußen und Einkommensverlusten.

M 9

Aus Viereck wird Sechseck – ein Interview

Bereits 1967 wurden ein stetiges und angemessenes Wachstum, ein hoher Beschäftigungsstand, Preisniveaustabilität und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu den vier Hauptzielen der deutschen Wirtschaftspolitik erklärt. Was hat sich seither geändert?



Im Interview: Fünf Fragen an die Wirtschaftsexpertin Prof. Dr. Kathrin Gruß

Der Ökonom: Guten Tag, Frau Prof. Dr. Gruß. Können Sie uns erklären, warum die vier Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik „magisch“ sind, woher also der Begriff „Magisches Viereck“ kommt?

Prof. Dr. Gruß: Als „magisch“ werden diese vier Ziele bezeichnet, weil sie nicht alle gleichzeitig verwirklicht werden können. Wenn also wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, um eines der Ziele zu erreichen, kann es passieren, dass dadurch eines der anderen Ziele nicht realisiert werden kann.

Der Ökonom: Können Sie uns ein Beispiel dafür geben?

Prof. Dr. Gruß: Gern. Man stelle sich vor, in einem Land herrscht eine Inflation von deutlich über zwei Prozent, also jenseits dessen, was unter einem stabilen Preisniveau verstanden wird. Die Regierung des Landes möchte also die Inflation senken. Sie beschließt, Staatsausgaben zu senken und den staatlichen Konsum zu reduzieren. Wenn dadurch allerdings öffentliche Aufträge beispielsweise im Baugewerbe wegfallen, dann werden dort weniger Arbeitskräfte nachgefragt. Das steht dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes entgegen. Ein weiteres Beispiel ist der Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht. Außerdem: Da aus dem Magischen Viereck heute ein Sechseck geworden ist, entstehen neue Zielkonflikte.

Der Ökonom: Das müssen Sie uns erklären. Was meinen Sie, wenn Sie vom „Magischen Sechseck“ sprechen?